

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beschreibungen nehmen die Redaktion an für Anzeigen die Bestellungen entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. med. v. W. Schmidt. Druckerei: v. W. Schmidt. Druckort: Auer. Postfach-Nr. 1000.

Ergebnisse: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 287

Sonntag, den 9. Dezember 1928

23. Jahrgang

Die Politik der Woche

Der Bülterbundesrat in Lugano. — Bei Georg V. von England. — Bundespräsident Miklas. — Mussolinis Außenpolitik.

Am 10. Dezember wird der Bülterbundesrat in Lugano zusammentreten. Das Bülter Bundesratssekretariat wählte diese Stadt mit Rücksicht auf ihr außerordentlich mildes Klima und den Gesundheitszustand der deutschen und englischen Außenminister. Der politische Luftzug zu dieser Ratstagung kann nicht gerade als erfreulich bezeichnet werden. Es ist anzunehmen, daß der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit seiner letzten Reichstagsrede die diplomatische Initiative ergriff. Chamberlains Antwort im englischen Unterhaus war aber hinsichtlich der Räumung der besetzten Gebiete durchaus unbefriedigend und widerspruchsvoll. Wieder einmal mehr zeigte sich, daß der Franzosenfreund Chamberlain völlig im Sinne der französischen Außenpolitik steht und mit Briand aufs innigste zusammenarbeitet. Diese französisch-englische Zusammenarbeit erschwert selbstverständlich unserem deutschen Reichsaussenminister seine diplomatische Tätigkeit außerordentlich. Ob unter dem weiteren südlichen Himmel Luganos Erfolge zu erringen sind, steht noch völlig dahin.

Mitte der Woche tauchte das Gerücht auf, daß der englische Außenminister Chamberlain sich entschloß, nicht nach Lugano zu fahren, weil die schwere Krankheit des englischen Königs ihn zwingen würde, in London zu bleiben. Viel Ueberzeugungstrakt wohnt dieser Begründung nicht inne, da die Erkrankung des Königs und alles, was damit in Zusammenhang steht, nicht in das Resoort des Außenministers, sondern des englischen Innenministers fällt.

Der Gesundheitszustand König Georg V. von Großbritannien und Irland ist nach wie vor sehr ernst. Die Krankheitsbeschichte, die täglich mehrmals ausgesprochen werden, pflegen nicht nur von den beiden Leibarzten des Königs, sondern regelmäßig auch noch von zwei oder drei anderen hervorragenden Fachärzten untersucht zu sein. Ministerpräsident Baldwin sah sich veranlaßt, den Regentenschaftsrat zu konstituieren, um die laufenden politischen Geschäfte erledigen zu können. Dieser setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern der königlichen Familie, dem Primas der englischen Kirche, dem englischen Lordkanzler und dem Ministerpräsidenten selber. Von der königlichen Familie gehören zum Regentenschaftsrat die Königin Mary, der Herzog von York und der Thronfolger. Weiterer, der Prinz von Wales, hat auf dem Kriegsschiff „Enterprise“ in bescheuemger Fahrt bereits die Straße von Kap Passat und Südzee erreicht. Er dürfte frühestens Mitte nächster Woche in London sein. Sein Bruder, der Herzog von Gloucester, durchquerte in beschleunigter Fahrt Südafrika, um sich am Freitag in Kapstadt nach London einzuschiffen.

Während so das englische Staatsoberhaupt um sein Leben kämpft, erhält die uns befreundete Nachbarrepublik Österreich einen neuen Bundespräsidenten. Da die Amtsdauer des Bundespräsidenten Dr. Gaimisch abgelaufen war, mußte die Bundesversammlung einen neuen Präsidenten der Republik wählen. Die Wahl führte zu scharfen innerpolitischen Auseinandersetzungen. Die Großdeutschen und Landbinder wählten den Wiener Polizeipräsidenten Schöber, die Sozialdemokraten ihren Parteifreund Dr. Renner und die Christlichsozialen ihren Parteifreund Wilhelm Miklas, den bisherigen Präsidenten des Nationalrats. Zwei Wahlgänge verliefen ergebnislos, aus dem dritten Wahlgang ging aber der Christlichsoziale Miklas als Sieger hervor, da sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Damit tritt ein erprobter Schulmann und alter Parlamentarier an die Spitze des österreichischen Staates. Über seine Persönlichkeit ist bekannt, daß er ein treuer Anhänger der republikanischen Verfassung und ein warmer Freund des Anschlusses ist. Man weiß auch, daß er eine kinderreiche Familie besitzt.

Besondere Aufmerksamkeit erheischt in diesen Tagen wieder einmal auch die Außenpolitik des italienischen Italien. Ein außergewöhnlich mildes Urteil eines Pariser Schwurgerichtes über den Mörder des italienischen Generalconsuls Grafen Marini und eine hochsichtige Bemerkung des französischen Außenministers Poincaré über das imperialistische Italien verlegten die öffentliche Meinung auf der ganzen Peninsularhalbinsel in Aufruhr. Mussolini ließ seiner Presse völlig freie Hand und lud die Protestkundgebungen der Studenten in allen italienischen Universitätsstädten. In einer besonderen Ministerratssitzung machte er sich auch sichtlich die Kritik der öffentlichen Meinung seines Landes an dem Pariser Urteilsspruch zu eigen und beglückwünschte sich und sein Volk zu der Disziplin, die bei diesen Anlässen in die Erscheinung trat. Die Zustimmung und Verschärfung der italienisch-französischen Spannung ist ganz offenkundig. Sie ist eine politische Tatsache von Bedeutung.

Die letzten Vorgänge auf dem Balkan rücken das in besondere Beleuchtung. Wie so viele andere Staaten, die dem Weltkrieg ihre Existenz verdanken, feierte dieser Tage auch Jugoslawien sein geschäftiges Staatsjubiläum. Die Kroaten machten diese Feierlichkeiten aber nicht mit, sondern protestierten gegen sie aufs schärfste. Dabei kam es in Agrum wiederholt zu blutigen Zusammenstößen, bei denen sich in beispielhafter Weise der serbische Militarismus aufs Unangenehmste bemerkbar machte. Mussolini verfolgt diese Entwicklung, die Staatsstreik Jugoslawiens, mit gespanntester Aufmerksamkeit und unterhöflicher Schadenfreude, sehr zum Geogrer der Franzosen. Je ohnmächtiger die Südslawen sind, desto erfolgreichere Versuche die Balkanpolitik Mussolinis zu machen.

Was die Franzosen von Lugano erwarten

Der „Temps“ bespricht die bevorstehende Tagung des Bülterbundesrats in Lugano, deren Interesse in der Hauptsache den Unterredungen gelte, die Stresemann, Briand und Chamberlain haben würden. Nach einem Hinweis darauf, daß der Sachverständigenausschuß nicht vor dem 10. Januar zusammentreten könne, fährt das Blatt fort:

„Alles, was man vernünftigerweise von Lugano erwarten dürfe, sei, daß die privaten Unterredungen Stresemanns, Briands und Chamberlains die Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens wieder herstellen, in der man vor der jüngsten deutschen Brestelampagne diskutiert habe. Es sei nicht gewiß, daß diese Hoffnung sich erfüllen werde, denn Stresemann befände sich einer Irrgefährtin und überhöhten öffentlichen Meinung (I) gegenüber in einer viel schwierigeren Lage denn je, und außerdem hätten die deutschen Forderungen die Alliierten gezwungen, mit der größten Genauigkeit einige hauptsächlich Grundzüge zu erläutern, aber die sie auf keinen Fall mit sich handeln lassen könnten.“

Das „Journal des Debats“ drückt sich ähnlich aus. Es vertritt den Standpunkt, daß die Aufgabe der einzusetzenden Reparationskommission von deutscher Seite anders aufgefaßt werde, als dies von den alliierten Regierungen geschehe. Der deutschen Presse zufolge handele es sich hier nicht mehr darum, die endgültigen Bedingungen für die Ausführung bestehender Verpflichtungen zu regeln, sondern darum, eine neue Abmachung zu schaffen, einzig und allein auf Grund der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, so wie sie Deutschland selbst abschäpe. Man wolle den Vertrag revidieren, aber nicht ausführen. Außerdem berufe man sich in Berlin auf ein seit Locarno vorgebrachtes Argument: Man behaupte, daß Locarno Deutschland auf den Fuß der Gleichheit mit den übrigen Großmächten gestellt habe und es infolgedessen nicht mehr die aus den Verträgen sich ergebenden Verpflichtungen und insbesondere das Funktionieren der Reparationskommission zu erdulden brauche. Offensichtlich werde Briand Stresemann davon überzeugen können, daß er auf derartige Spitzfindigkeiten verzichten müsse. Frankreich könne sich nur einem Volke und einer Regierung gegen-

über entgegenkommend zeigen, die guten Willens seien.

Abreise des Reichsministers Dr. Stresemann nach Lugano

Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann hat sich gestern abend um 8 Uhr 20 in Begleitung von Staatssekretär Dr. v. Schubert, Ministerialdirektor Dr. Gaus, dem Grafen Freyhof und einer Reihe weiterer Sachreferenten des Auswärtigen Amtes nach Lugano begeben. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnsteig der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Ministerialdirektor Dr. Köpke, Ministerialdirektor Dr. Schneider und Hofkapler Dr. v. Dirksen eingefunden.

Abreise der französischen Bülterdelegation

Minister des Inneren Briand ist gestern früh vor 8 Uhr nach Lugano abgereist. In seiner Begleitung befanden sich sein Kammerdiener Dege, der Justiziar des Auswärtigen Amtes und der Leiter der französischen Abteilung beim Bülterbund Wafflig.

Die Vorbereitungen zur Ratstagung in Lugano

Die Stadt ist bereits jetzt schon zu Ehren der Bülterdelegation in den schwedischen und lantonalen Gärten besetzt. Als erster Delegierter traf der gegenwärtige Präsident des Bülterbundes, Brocope-Himmler, am Freitag-Abend ein. Mit dem nächsten Schmelzug kam der französische Außenminister Briand mit seiner Begleitung. Am Abend waren die Seuefer und die öffentlichen Gebäude prächtig beleuchtet.

Englische Bemühen um Beteiligung Amerikas an den Reparationsverhandlungen

Unter Hinweis auf die Ausführungen Poincarés im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten über die Reparationsfrage und die Frage der unvollständigen Schulden erklärt „Quoiden“, daß Winston Churchill bei der französischen Regierung im Namen der englischen Regierung angefragt habe, ob es nicht möglich wäre, die Wätkommen Wellon-Oberon und Coillaur-Churchill vorher reifizierten zu lassen mit der Begründung, daß diese Wätkommen es Amerika wahrscheinlich gestatten würden, eine aktivere Rolle bei den Verhandlungen zu spielen. Poincaré soll jedoch verneinend geantwortet haben. Man behauptet sogar, daß er erklärt habe, er könne nicht die Existenz seines Ministeriums aufs Spiel setzen durch Uebernahme einer Verpflichtung, die die Kammer vielleicht nicht reifizieren würde.

Treuebekenntnis zum Reich

Der Saarlanderrat zur Rheinlandfrage

In der gestrigen Sitzung des Landesrats des Saargebietes wurde von allen Fraktionen außer den Kommunisten eine Entschliesung zur Rheinlandräumung und Rückgabe des Saargebietes angenommen, in der nach Betonung der bitteren Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre erklärt wird, daß die Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes untrennbar miteinander verknüpft sind. Beide müßten baldigst Wirklichkeit werden, wenn eine wahre Wätkerberziehung zustande kommen solle. „Trotzdem warnen wir die Regierung des Deutschen Reiches, für diese Ziele Lasten auf sich zu nehmen, die die Souveränität des Reiches über das Jahr 1935 hinaus beschränken. Dieser werden wir bis 1935 aussharren.“

Deutscher Protest gegen die Mainzer Verhaftungen

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Frankfurt am Main: Gegen das Vorgehen der französischen Polizei im Mainzer Reichsvermögensamt wird die deutsche Regierung Protest bei der französischen Regierung einlegen mit der Betonung, daß die Verhaftung im Reichsvermögensamt Gaus, Friedensbruch und Verletzung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet darstellten, auch dann, wenn die Beschuldigungen gegen die Verhafteten zu Recht bestehen sollten.

Die Mainzer Blätter, die vor einigen Tagen die Meldung von der Verhaftung einiger französischer Offiziere brachten, wurden von den Franzosen gezwungen, die Meldung zu widerrufen.

Prozeß gegen Deutsche in Syrien

Western begann in Syrisch-Mitrowitz ein Prozeß gegen mehrere Deutsche aus dem Dorfe Grabowei, die angeklagt werden, nach dem serbischen Rückzug aus Syrien im Herbst 1914 den österreichisch-ungarischen Militärbehörden ortsanfällige Serben angezeigt zu haben, die teilweise standrechtlich erschossen worden waren, während ihre Häuser niedergebrannt worden seien. Unter den Angeklagten befindet sich der 78 Jahre alte angesehene Sanowit Matychas Kozmann. Bezeichnungsweise kann in des Anklage nicht einma: des Datum der angeklagten Taten der Angeklagten angegeben werden.

wurden. Die Angeklagten erklärten sich für unschuldig. Als Hauptbelastungszeuge trat in der gestrigen Verhandlung ein alter Bieuner auf. Mit diesem Prozeß wird die Serie der „Hochverratprozesse“ gegen Deutsche aus Syrien wegen nun schon 14 Jahre zurückliegender Ereignisse fortgesetzt, die selbst, wenn sie der Anklage gemäß vor sich gegangen wären, nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Ungeträubte Beziehungen zwischen Washington und London

„Baltimore Sun“ erzählt an hoher Stelle im Staatsdepartement, daß man die Beziehungen zu England nicht als gespannt, geschweige denn als ernst ansehe. Den Anlaß zu Vermutungen über einen Riß zwischen Washington und London habe vor allem die Flottenkontroverse gegeben. Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen seien aber durch diese Auseinandersetzung nicht getrübt worden, und London habe Kelloggs Ablehnung des englisch-französischen Flottenpakt mit vollem Verständnis aufgenommen.

Landrat v. Giffa in den einstweiligen Ruhestand versetzt

Das Verfahren gegen den Landrat von Kirchheim v. Giffa hat seinen Abschluß gefunden. Durch Beschluß des Staatsministeriums ist Landrat v. Giffa in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Die Frage seiner weiteren Verwendung ist noch nicht entschieden. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers ist Regierungsdirektor Dr. Knott von der Regierungskasse mit der interimistischen Leitung des Landkreises Kirchheim beauftragt worden.

Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrags

Die Estnische Telegraphenagentur meldet: Der deutsch-estnische Handelsvertrag wurde gestern durch Geheimrat von Schmal für Deutschland und Minister des Inneren Gamm für Estland unterzeichnet. Der Vertrag sieht mit geringen Abweichungen gegenseitige Gewährung der Weisbegünstigung vor.

Gesetz zwischen Truppen Paragwaz und Bolivien

Die Zeitung La Racion hat ein Telegramm aus Muncion erhalten, wonach es zwischen Truppen Paragwaz und Boliviens zu einem Gesetz gekommen ist. Die Paragwazer seien, als sie in der Nähe der Grenze ein von den Bolivianern erbautes Fort entdeckten, von diesen beschossen worden. Sie hätten das Feuer erwidert und mehrere bolivianische Offiziere und Soldaten getötet.